

Sitzung des Parlamentes vom 12. März 2007

Abschreibung 0208

Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes über Beschlüsse des Gemeinderates

Text des Postulats

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise die rasche Information der Parlamentsmitglieder über Beschlüsse des Gemeinderates sichergestellt werden kann.

Begründung

Wie das Beispiel des Budgets 2002 und des Rechnungsabschlusses 2001 zeigen, erfahren die Parlamentsmitglieder oft erst verspätet oder über die Medien von Beschlüssen des Gemeinderates. Wenn der Nachbar aus der Zeitung mehr weiss als die gewählten Parlamentsmitglieder, erweckt dies beim GGR den Eindruck, von der Exekutive nicht ernst genommen zu werden. Für das Vertrauensverhältnis zum Gemeinderat ist es schlecht, wenn dieser völlig willkürlich entscheidet, wann und wie er das Parlament informiert. Dadurch entsteht auch der Eindruck, dass mit dem Zurückhalten von gewissen Informationen bewusst Politik gemacht wird.

Gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip hätten Parlament und Bürger jedoch Anspruch darauf, so rasch als möglich informiert zu werden.

Ausser bei datenschutzrechtlich heiklen Entscheiden (z.B. Personalentscheide) ist kein Grund ersichtlich, weshalb der GR nicht jeden Donnerstag die GGR-Mitglieder über die wichtigsten getroffenen Beschlüsse informieren kann, wie dies z.B. der Bundesrat auch tut. Da die meisten Parlamentsmitglieder über E-mail verfügen, ist eine rasche und kostengünstige Information möglich. Zusätzlich kann die Öffentlichkeit via Homepage und Pressemitteilung informiert werden.

M. Zwahlen, A. Riesen, T. Hänni, J. Ackermann, H. Henggi, I. Caminada, V. Lagger, M. Wandel, U. Wilk, C. Balz, B. Mooser, P. Schori, B. Giger, B. Deuber, R. Zwahlen, U. Salvisberg, D. Krebs, C. Burren, L. Bussard, N. Hofer, M. Stähli, D. Beyeler, U. Wyss (23)

Eingereicht am 24. Juni 2002

Bericht:

Das Postulat wurde vom Parlament am 10. März 2003 gestützt auf die Antwort des Gemeinderates erheblich erklärt. Am 14. März 2005 verlängerte das Parlament die Erfüllungsfrist um zwei Jahre, d.h. bis zum 10. März 2007.

Dem Gemeinderat ist die Information des Parlaments und der Öffentlichkeit ein grosses Anliegen. Er dokumentiert dies mit dem neuen Kommunikationskonzept, das im Jahr 2006 erarbeitet und in Kraft gesetzt wurde. Für die Umsetzung wurde ein Kommunikationsverantwortlicher eingestellt, der über ein 100-Prozent-Pensum verfügt und direkt dem Gemeindepräsidenten unterstellt ist. In nächster Zeit soll die Kommunikation intensiviert und schrittweise in verschiedenen Belangen optimiert werden.

Stichworte dazu sind unter anderem: Arbeiten mit Kommunikationsplan, Erneuerung Internet, Erneuerung von Informationsmitteln der Gemeinde und des Standortmarketings, Überprüfung Gemeindezeitschrift und Prüfung von Intranet/Extranet-Lösungen.

Von den generellen Bemühungen im Bereich der Information und Kommunikation sollen auch die Mitglieder des Gemeindeparlaments profitieren.

Es gilt der Grundsatz, dass das Parlament wenn möglich vor der Öffentlichkeit oder zumindest zeitgleich informiert wird.

Dabei sollen die bestehenden Instrumente und Kanäle optimal genutzt werden:

- Newsletter: Medieninformationen der Gemeinde werden den Mitgliedern des Parlaments und den Medien zeitgleich elektronisch zugestellt.
- Versand Geschäftsunterlagen: Den Geschäftsunterlagen werden für das Parlament interessante Berichte, etc. beigelegt.
- Informationsveranstaltungen: An besonderen Informationsveranstaltungen wird das Parlament über wichtige Themen informiert (z. B. Infoveranstaltungen zur Finanzlage der Gemeinde).
- Varia: Die Gemeinderatsmitglieder können die Parlamentsmitglieder an den Parlamentssitzungen unter Varia über Aktuelles informieren.

Antrag:

Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

Köniz, 7. Februar 2007

Der Gemeinderat

Beilage:

Postulatsbeantwortung des Gemeinderates vom 8. Januar 2003

Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. März 2003

Beantwortung 0208

**Überparteiliches Postulat betr. Verbesserung der Information des Parlamentes
über Beschlüsse des Gemeinderates**

Text des Postulats

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Weise die rasche Information der Parlamentsmitglieder über Beschlüsse des Gemeinderates sichergestellt werden kann.

Begründung

Wie das Beispiel des Budgets 2002 und des Rechnungsabschlusses 2001 zeigen, erfahren die Parlamentsmitglieder oft erst verspätet oder über die Medien von Beschlüssen des Gemeinderates. Wenn der Nachbar aus der Zeitung mehr weiss als die gewählten Parlamentsmitglieder, erweckt dies beim GGR den Eindruck, von der Exekutive nicht ernst genommen zu werden. Für das Vertrauensverhältnis zum Gemeinderat ist es schlecht, wenn dieser völlig willkürlich entscheidet, wann und wie er das Parlament informiert. Dadurch entsteht auch der Eindruck, dass mit dem Zurückhalten von gewissen Informationen bewusst Politik gemacht wird.

Gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip hätten Parlament und Bürger jedoch Anspruch darauf, so rasch als möglich informiert zu werden.

Ausser bei datenschutzrechtlich heiklen Entscheiden (z.B. Personalentscheide) ist kein Grund ersichtlich, weshalb der GR nicht jeden Donnerstag die GGR-Mitglieder über die wichtigsten getroffenen Beschlüsse informieren kann, wie dies z.B. der Bundesrat auch tut. Da die meisten Parlamentsmitglieder über E-mail verfügen, ist eine rasche und kostengünstige Information möglich. Zusätzlich kann die Öffentlichkeit via Homepage und Pressemitteilung informiert werden.

M. Zwahlen, A. Riesen, T. Hänni, J. Ackermann, H. Henggi, I. Caminada, V. Lagger, M. Wandel, U. Wilk, C. Balz, B. Mooser, P. Schori, B. Giger, B. Deuber, R. Zwahlen, U. Salvisberg, D. Krebs, C. Burren, L. Bussard, N. Hofer, M. Stähli, D. Beyeler, U. Wyss (23)

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat Verständnis für den Wunsch des Parlamentes, rasch über Beschlüsse des Gemeinderates orientiert zu werden. Es ist auch im wohlverstandenen Interesse der Exekutive, ihre Politik so gut wie möglich zu kommunizieren. Der Gemeinderat hat deshalb abklären lassen, ob sich seine Informationsgrundsätze von denjenigen der Stadt Bern, des Kantons oder des Bundes unterscheiden. Diese Abklärungen haben ergeben, dass sich die verschiedenen Informationspolitiken nur in Nuancen und bei der Wahl der Mittel unterscheiden.

Auch die anderen Regierungskollegien orientieren gezielt und nicht flächendeckend über ihre Beschlüsse. Nicht alle Beschlüsse einer Exekutive haben den gleichen Gehalt und die gleiche Bedeutung, deshalb werden auch nicht alle gleich kommuniziert. Was den Einbezug des Parlamentes betrifft, steht Köniz im Vergleich nicht schlecht da, was nicht bedeutet, dass nicht weitere Verbesserungen möglich sind. So werden beispielsweise die Mitglieder des Grossen Rates nicht automatisch, sondern nur selektiv mit den Informationen des Regierungsrates bedient. In der Stadt Bern erhalten nur die Fraktionspräsidien die Medienmitteilungen des Gemeinderates. Dass Parlamentsmitglieder generell vor der Öffentlichkeit orientiert werden, scheint nirgends üblich zu sein.

Die Informationspolitik des Gemeinderates ist verbesserungsfähig, daran gibt es keinen Zwei-

fel. Verbesserungen können in vielen Bereichen erzielt werden: beim Inhalt, bei der Rechtzeitigkeit, bei der Wahl der Mittel und des Zeitpunktes sowie bei der Präsentation und der Nachbearbeitung. Die rasche Information des Parlamentes ist grundsätzlich sichergestellt, jede Pressemitteilung wird automatisch den Mitgliedern des Parlamentes zugestellt. Damit ist das Postulat erfüllt.

Antrag

Annahme und Abschreibung.

Köniz, 8. Januar 2003

Der Gemeinderat